

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit am Mittwoch, dem 18. September 2019, um 18.00 Uhr, im Rathaus der Stadt Büdelsdorf, Sitzungsraum 1.20, Am Markt 1, 24782 Büdelsdorf

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Stadtvertreter Arvid Hagge
Weitere Ausschussmitglieder:	Stadtvertreterin Bettina Dreßler Stadtvertreterin Christiane Reuter Stadtvertreter Martin Hartig (i.V. für Stadtvertreterin Carina Rossbach) Stadtvertreterin Elsbeth Prange Stadtvertreter Heiko Müller Stadtvertreterin Eveline Knarr Stadtvertreter Walter Reichelt (i.V. für Bürgerliches Mitglied Svetlana Gussew) Stadtvertreterin Sonja Schaedla
Protokollführerin:	Frau Elena Lieske
Nicht anwesende, nicht vertretene Ausschussmitglieder:	--
Andere Anwesende:	Herr Matthias Hoffmann Herr Peter Schwedt Frau Kirsten Albert-Thomsen Frau Manuela Scharunge (Personalratsvorsitzende), Frau Petra Simon (Gleichstellungsbeauftragte) Frau Maike Wilken (Bürgermeisterin) Herr Konstantinos Wensierski (Stadtvertreter), Herr René Banaski (Stadtvertreter), Frau Silke Cleve (HHS) Frau Josephine Teske (Pastorin) Frau Christiane Zimmermann-Stock (Pastorin)
Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen oder Teilnehmer:	--
Zuhörerinnen und Zuhörer:	5

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Hagge, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit beschlussfähig ist.

Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen.

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 18.06.2019
3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen
4. Grundschulzentrum Astrid-Lindgren-Schule
 - 4.1 Sachstand Schulhof - Standort Neue Dorfstraße 110
 - 4.2 Teilprojekt "Multifunktionale Freizeitsportfläche"
 - 4.3 Ersatzbau für den Gebäudeteil E
5. Erweiterung/Anbau kirchl. Kindergarten "Kinderarche" - Zuschussantrag der ev.-luth. Kirchengemeinde Büdelsdorf
6. Heinrich-Heine-Schule
 - 6.1 Antrag zur Genehmigung einer Raucherecke
 - 6.2 Beantragung einer baulichen Maßnahme "Blendschutz"
 - 6.3 Erhöhung der Honorarentschädigung OGS - HHS
7. Einrichtung Glasfaseranschluss im Regionalen Bürgerzentrum
8. Kindergarten Lummerland - Entfristung bislang befristeter Planstellen zum 01.01.2020 und Einstellung einer zusätzlichen Küchenkraft
9. Sport- und Freizeitbericht
10. Informationen
11. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

Zu 1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Von den anwesenden Ausschussmitgliedern werden keine Ausschließungsgründe nach § 22 GO mitgeteilt.

Zu 2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 18.06.2019

Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift werden nicht erhoben.

Zu 3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen

Der Elternbeirat der Astrid-Lindgren-Schule Standort Sportallee, (vertreten durch die anwesenden Mitglieder) kritisiert die aus Elternsicht vorliegende Vernachlässigung des Standorts Sportallee. Derzeit gebe es dort einen Sanierungsstau beim Schulhof (Bau eines Gerätehauses, fehlende Tore). Die Verwaltung erklärt hierzu, dass der Aufbau eines neuen Gerätehauses als Lager für die Außenspielgeräte noch in diesem Jahr, aller Voraussicht nach im Laufe der Herbstferien, erfolge. Das fehlende Tor wurde durch eine Leihgabe der HHS ersetzt. Im Haushaltsplan für 2020 ist Geld für ein neues Tor eingeplant. Ebenfalls noch in diesem Jahr erfolge der Austausch des Kletternetzes an der vorhandenen Kletterpyramide. Von einer Vernachlässigung des Schulhofes am Standort Sportallee könne daher keine Rede sein. Angesichts der Schulentwicklungsplanung und der Haushaltslage dürfe aber von Seiten der Eltern nicht erwartet werden, dass größere Neugestaltungsmaßnahmen vorgenommen werden.

Der Elternbeirat kritisiert des Weiteren, dass der Elternschaft bezüglich des Neubaus des Grundschulzentrums keine transparenten Informationen vorliegen. Der Elternbeirat fordert eine Elterninformation, sobald Klarheit über die Planung besteht. Die Verwaltung sagt zu, umgehend eine entsprechende Elterninformation zu fertigen, nachdem die betreffenden politischen Entscheidungen vorliegen.

Zu 4. Grundschulzentrum Astrid-Lindgren-Schule

4.1 Sachstand Schulhof - Standort Neue Dorfstraße 110

Der Vorsitzende Hagge erläutert die Vorlage. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.2 Teilprojekt "Multifunktionale Freizeitsportfläche"

Der Vorsitzende Hagge erläutert die Vorlage. Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.3 Ersatzbau für den Gebäudeteil E

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Es wird die Frage aufgeworfen, ob der Schulneubau unabhängig von einem ggf. zukünftig erforderlichen Kindergartenneubau

vorgenommen werden könne. Die Verwaltung erklärt dazu, dass gemäß Beschluss des Ausschusses vom 04.12.2018 über die städtische Kita-Strategie die Freifläche beim Grundschulzentrum nach Abriss des Traktes B im Rahmen der mittel- bis langfristigen Standortplanung für einen Ersatzbau für den Kindergarten Liliput vorgehalten werde. Mit der ebenfalls am 04.12.2018 beschlossenen baulichen und ausstattungstechnischen Ertüchtigung des Kindergartens Liliput sei die Zielsetzung verbunden, diesen Standort noch für die nächsten 5 bis 10 Jahre weiterbetreiben zu können.

Stadtvertreter Hartig erkundigt sich danach, ob es neue Erkenntnisse bezüglich ggf. doch nutzbarer Fördergelder für den Schulneubau gebe. Die Verwaltung erklärt, dass es keine neuen Erkenntnisse gebe und lediglich theoretische Aussichten auf eine Förderung aus dem Schulbau- und Sanierungsprogramm SH IMPULS 2030 (auf die beantragten Sanierungskosten begrenzt) bestehen würde. Daneben stehe aus dem Landesprogramm DigitalPakt ein Schulträgerbudget für die Stadt Büdelsdorf von 408.000 € für Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu 5. Erweiterung/Anbau kirchl. Kindergarten "Kinderarche" - Zuschussantrag der ev.-luth. Kirchengemeinde Büdelsdorf

Der Vorsitzende Hagge erläutert die Vorlage. Pastorin Zimmermann-Stock stellt das geplante Bauvorhaben anhand der Baupläne (s. Anlage 3 der Vorlage für die Sitzung) vor. Ohne eine Mitfinanzierung durch die Stadt in beantragter Höhe könne das geplante Bauvorhaben nicht umgesetzt werden. Dies würde dazu führen, dass sich das Platzangebot im Kindergarten "Kinderarche" nach Abriss des Gemeindehauses um 18 Regelplätze reduziere. Die Verwaltung erklärt hierzu, dass eine entsprechende Reduktion des Betreuungsangebotes angesichts der Belegungssituation und der vorliegenden Prognosen zur mittel- bis langfristigen Entwicklung der Kinderzahlen nicht zu verkraften sei, wenn die Stadt den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung weiterhin in vollem Umfang erfüllen wolle.

Die BWG Fraktion gibt zu bedenken, dass der beantragte Zuschuss der Stadt gem. § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik nicht haushaltsverträglich sei und daher mit einem Sperrvermerk versehen werden müsse. Die Verwaltung erläutert hierzu, dass über die Einrichtung eines Sperrvermerks, sofern tatsächlich i.S.v. § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik erforderlich, erst im Rahmen des Haushaltsbeschlusses zu entscheiden sei. Mit der heute anstehenden Beratung und Beschlussfassung über den Zuschussantrag sei lediglich die Einstellung eines Ansatzes in den Haushaltsentwurf verbunden, aus der die Kirchengemeinde noch keine verbindliche Mittelzusage ableiten könne. Diese bestehe erst mit Inkrafttreten des Haushaltsplanes.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der ev.-luth. Kirchengemeinde Büdelsdorf wird für die im Jahr 2020 geplante Maßnahme "Erweiterung/Anbau kirchl. Kindergarten Kinderarche" ein zweckgebundener nicht rückzahlbarer Investitionskostenzuschuss der Stadt Büdelsdorf in

Höhe von 170.450 €, zahlbar nach Beginn der Maßnahme, gewährt. Entsprechende Mittel sind in den Entwurf des Teilhaushaltes für 2020 im Finanzplan einzustellen. Die Zweckbindungsfrist für die städtischen Zuschussmittel beträgt 25 Jahre. Etwaige Fördermittel Dritter sind im Verhältnis 60 zu 40 auf die Finanzierungsanteile der Kirchengemeinde und der Stadt anzurechnen.

Zu 6. Heinrich-Heine-Schule

6.1 Antrag zur Genehmigung einer Raucherecke

Frau Cleve teilt mit, dass es zur Einrichtung einer Raucherecke keinen Beschluss der Schulkonferenz geben werde, da die avisierte Fläche außerhalb des Schulgeländes gelegen sei und somit nicht zum Zuständigkeitsbereich der Schule zähle.

Der Vorsitzende stellt einen Antrag auf Beschlussfassung. Der Ausschuss fasst bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag auf Genehmigung einer Raucherecke an der Heinrich-Heine-Schule wird abgelehnt.

6.2 Beantragung einer baulichen Maßnahme "Blendschutz"

Frau Cleve erläutert, dass nicht nur die Spiegelung der Fenster mit und ohne heruntergelassenen Außenjalousien, sondern auch die Außenfassade für eine Reflektion und damit die Störung des Unterrichts durch Ausfall des Beamers bzw. Whiteboards verantwortlich sei. Da es sich bei der HHS um eine digitale Schule handele und auf Kreidetafeln seinerzeit bewusst verzichtet wurde, sei der Unterricht ohne nutzbare Beamer und Whiteboards nicht möglich.

Der Ausschuss wirft die Frage auf, ob sich der Förderverein der Schule ggf. an den Kosten für den Blendschutz beteiligen könne und ob ggf. Gewährleistungsansprüche gegen die Baufirma geltend gemacht werden könnten. Die Verwaltung erklärt hierzu, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Ansprüche gegen Dritte geltend gemacht werden können, hierzu aber eine konkrete Prüfung -ggf. mit externer Unterstützung- vorgenommen werden müsse.

Der Ausschuss verständigt sich darauf eine Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu verschieben. Die Verwaltung erhält den Prüfauftrag, Gewährleistungsansprüche gegenüber der Firma Goldbeck zu prüfen. Im Teilhaushalt der HHS für 2020 werden vorsorglich Mittel i.H.v. 16.000 € für die Anschaffung und Montage von Gardinen als Mindestmaßnahmen zur nachträglichen Beseitigung der Blendwirkung an der Nordfassade eingestellt.

6.3 Erhöhung der Honorarentschädigung OGS - HHS

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Honorarentschädigung für die Honorarkräfte der OGS wird ab dem 01.01.2020 von bisher 9,20 € auf 10,00 € pro Zeitstunde angehoben. Die erforderlichen Mittel i.H.v. 1.500 € sind in den Entwurf des Teilhaushaltes für 2020 einzustellen.

Zu 7. Einrichtung Glasfaseranschluss im Regionalen Bürgerzentrum

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Nach eingehender Diskussion wird die Verwaltung gebeten, die Möglichkeit eines kostenfreien Anschlusses durch die Stadtwerke zu prüfen, zudem eine differenzierte Kostenaufstellung vorzunehmen und abzuklären, ob in den genannten Kosten bereits Aufwendungen für eine hausinterne Vernetzung enthalten sind.

Eine erneute Beratung und Beschlussfassung erfolgt in der kommenden Ausschusssitzung am 21.11.2019.

Zu 8. Kindergarten Lummerland - Entfristung bislang befristeter Planstellen zum 01.01.2020 und Einstellung einer zusätzlichen Küchenkraft

Im Stellenplan 2019 sind beim Kindergarten Lummerland unter den lfd. Nr. 55 - 57 und 68 drei Erzieherplanstellen und eine SPA-Planstelle mit einer Befristung bis zum 31.07.2021 ausgewiesen. Die Verwaltung ergänzt die Vorlage um die Stelle mit der lfd. Nr. 66, die in der Aufzählung versehentlich fehlte.

Es folgt eine Diskussion über Personalaufwand und Kostensteuerung.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

In dem Entwurf des Stellenplans für das Jahr 2020 ist beim Kindergarten Lummerland die Entfristung der im Stellenplan 2019 unter den lfd. Nrn. 55 - 57, 66 und 68 aufgeführten Planstellen vorzusehen. Zudem ist eine zusätzliche unbefristete Planstelle für eine weitere Küchenkraft mit 20 Wochenstunden (EG 1 TVöD) aufzunehmen.

Zu 9. Sport- und Freizeitbericht

Die SPD Fraktion betont die erfreulichen Zahlen des Freibads.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu 10. Informationen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Zu 11. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

gez. Hagge

Hagge
Vorsitzender

gez. Lieske

Lieske
Protokollführerin